

Anlage 2

Erlaubnis

zur Ausübung eines Gewerbes nach § 12 Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG)

I. Angaben zur Person:

1. Erlaubnisinhaber/in: «Nachname», «Vorname», «Name Firma»
2. Geschäftsführer/in: «Nachname», «Vorname»
3. Geburtsdatum und –ort: «Geburtsdatum» in «Geburtsort»
4. Anschrift der Wohnung: «Strasse», «PLZ» «Ort»
5. Anschrift der Betriebsstätte. «Strasse», «PLZ» «Ort»

wird die Erlaubnis zur Ausübung des folgenden Prostitutionsgewerbes erteilt:

**Betrieb der Prostitutionsstätte «Name»
(ggf. genaue Bezeichnung der Räume laut Grundrisszeichnung) ***

**Betrieb des Prostitutionsfahrzeugs mit dem amtlichen Kennzeichen
«Kennzeichen» «Nachname_ErlInh»
Fahrzeug-Identifizierungsnummer: «Nr. lt. Zulassungsbescheinigung Teil I»***

**Organisation bzw. Durchführung einer/von Prostitutionsveranstaltung/en mit
der Bezeichnung «Name» ***

Betrieb einer Prostitutionsvermittlung *

* Nicht-Zutreffendes löschen

Diese Erlaubnis gilt bis zum xxxxx. *

Erlaubnisse für Prostitutionsfahrzeuge sind gemäß § 12 Abs. 4 S. 2 ProstSchG grundsätzlich auf höchstens 3 Jahre zu befristen. Sonstige Befristungen ergeben sich je nach Einzelfall z.B. aufgrund befristeter Baugenehmigungen für als Prostitutionsstätten genutzte Gebäude.

II. Auflagen:

Einzelfallbezogene Auflagen sind nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu begründen.

III. Kosten (Beispiel):

Für die Erteilung der von Ihnen beantragten Erlaubnis ist nach der Tarifstelle 12.20 der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung NRW (AVerwGebO) eine Gebühr zu zahlen. Diese wurde von Ihnen bereits in Höhe von ... als Gebührenvorschuss entrichtet.

IV. Hinweise:

1. Bei der Ausübung des Gewerbes sind die einschlägigen Vorschriften des ProstSchG zu beachten.
2. Sofern bei Prostitutionsstätten (stehendes Gewerbe) alkoholische Getränke zum Verzehr an Ort und Stelle verabreicht werden oder werden sollen, bedarf es einer Erlaubnis der örtlichen Ordnungsbehörde nach § 2 Gaststättengesetz (GastG). Für den Ausschank alkoholischer Getränke bei Prostitutionsfahrzeugen, die im Reisegewerbe verwendet werden, ist § 56 Absatz 1 Nr. 3b GewO zu beachten.
3. Die nachträgliche Beifügung, Änderung oder Ergänzung von Auflagen ist zulässig.
4. Am Ort des Betriebssitzes ist –sofern noch nicht geschehen– eine Gewerbeanmeldung gemäß § 14 Gewerbeordnung vorzunehmen.
5. Die Erlaubnis erlischt, wenn der Betrieb des Prostitutionsgewerbes nicht innerhalb eines Jahres nach der Erteilung aufgenommen wurde oder der Betrieb seit einem Jahr nicht mehr ausgeübt wurde.
6. Jede Änderung zu den Angaben der Person des Erlaubnisinhabers sowie der zur Stellvertretung, zur Betriebsleitung und –beaufsichtigung, zu der für Aufgaben im Rahmen der Einhaltung des Hausrechts oder der Hausordnung, der Einlasskontrolle und der zur Bewachung eingesetzten Person ist der zuständigen Erlaubnisbehörde unverzüglich anzuzeigen.
7. Tritt bei einer juristischen Person ein Wechsel der gesetzlichen Vertretung ein, ist dies der zuständigen Erlaubnisbehörde unverzüglich mitzuteilen. Dabei sind für die Person(en) der neuen gesetzlichen Vertretung folgende Unterlagen vorzulegen:
 - a. Führungszeugnis nach Belegart 0
 - b. Auszug aus dem Gewerbezentralregister
 - c. Bescheinigung in Steuersachen des zuständigen FinanzamtesDes Weiteren ist ein aktueller Auszug aus dem Handelsregister vorzulegen, aus dem die eingetretene Änderung hervorgeht.
8. Bei der Durchführung von Prostitutionsveranstaltungen: Wer eine Prostitutionsveranstaltung organisieren und durchführen will, hat dies der am Ort der Veranstaltung zuständigen Behörde vier Wochen vor Beginn der Veranstaltung gemäß § 21 Abs. 1 ProstSchG auf der beigefügten Anlage anzuzeigen.

Der entsprechende Antragsvordruck zur Anzeige der Prostitutionsveranstaltung ist als Anlage 2 der VwV ProstSchG beigefügt.

9. Bei der Aufstellung von Prostitutionsfahrzeugen: Wer ein Prostitutionsfahrzeug an mehr als zwei aufeinanderfolgenden Tagen oder mehrmals im Monat im örtlichen Zuständigkeitsbereich einer Behörde zum Betrieb aufstellen will, hat dies der zuständigen Behörde zwei Wochen vor der Aufstellung gemäß § 21 Absatz 1 ProstSchG auf der beigefügten Anlage anzuzeigen.

Der entsprechende Antragsvordruck zur Anzeige der Aufstellung eines Prostitutionsfahrzeugs ist als Anlage 4 der VwV ProstSchG beigefügt.

V. Rechtsgrundlage:

Gesetz zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (Prostituiertenschutzgesetz - ProstSchG) vom 21.10.2016 (BGBl. S. 2372)

Hinweis: ggf. weitere Rechtsgrundlagen ergänzen (VwVfG, etc.)

VI. Rechtsbehelfsbelehrung:

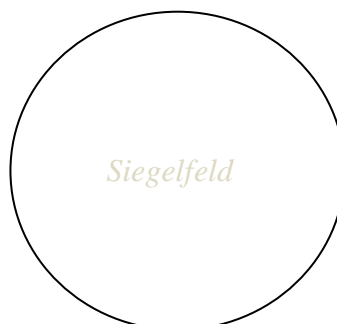
Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht XY (genaue Adresse anzugeben) schriftlich oder zur Niederschrift der/des Urkundsbeamten/in der Geschäftsstelle zu erheben. Die Klage kann auch in elektronischer Form nach Maßgabe der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei den Verwaltungsgerichten und den Finanzgerichten im Lande Nordrhein-Westfalen - ERVVO VG/FG - vom 07. Nov. 2012 (GV. NRW. S. 548) eingereicht werden. Das elektronische Dokument muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach § 2 Nummer 3 des Signaturgesetzes vom 16. Mai 2001 (BGBl. S. 876) in der jeweils geltenden Fassung versehen sein und an die elektronische Poststelle des Gerichts übermittelt werden. Falls die Frist durch das Verschulden einer/eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde deren/dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Hinweis:

Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten. Die besonderen technischen Voraussetzungen sind unter www.egvp.de aufgeführt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Unterschrift



Folgende Anlagen sind Bestandteil dieser Erlaubnis:

- Betriebskonzept
- *Bei Prostitutionsstätten:* Grundrisszeichnung
- *Sonstige Einzelfallbezogene Anlagen*